

# Initiativen der KPÖ

Gemeinderatssitzung am 17.12.2020

<b>Fragen</b>	
<b>Gedenkraum</b>	Kurt Luttenberger
<b>Mehr Unterstützung durch digitale Endgeräte für SchülerInnen mit Bedarf im Pflichtschulbereich</b>	Mag. <sup>a</sup> Uli Taberhofer
<b>Anfragen</b>	
<b>Ketten zur Sperrung der Parks</b>	Dipl.-Museol. (FH) Christine Braunersreuther
<b>Anträge</b>	
<b>Kostenübernahme Sterilisation und Vasektomie</b>	Dipl.-Museol. (FH) Christine Braunersreuther
<b>Parteienförderung kürzen!</b>	Manfred Eber
<b>Transparenz-Datenbank für Gemeinderatsbeschlüsse</b>	Elke Heinrichs
<b>Anspruchsberechtigung einer SozialCard für Menschen, die ein Arbeitstraining absolvieren</b>	Mag. <sup>a</sup> Uli Taberhofer
<b>Erhaltung des Girardi-Hauses</b>	Christian Sikora
<b>Dringliche Anträge</b>	
<b>Leistbares Wohnen</b>	Manfred Eber
<b>Pfandsystem auf Einwegflaschen und Mehrwegquote für Plastikverpackung</b>	Elke Heinrichs



**KPÖ-Gemeinderatsklub**

8011 Graz – Rathaus  
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150  
+ 43 (0) 316 – 872 2151  
+ 43 (0) 316 – 872 2152  
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: [kpoe.klub@stadt.graz.at](mailto:kpoe.klub@stadt.graz.at)

**Gemeinderat Kurt Luttenberger**

Dienstag, 15. Dezember 2020

### **Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am Donnerstag, 17. Dezember 2020**

An Herrn Stadtrat Dr. Günter Riegler

Betrifft: **„Raum der Erinnerung“ in Reininghaus.**

**Sehr geehrter Herr Stadtrat,**

kürzlich sorgte ein archäologischer Fund bei der Baubegleitung zum neuen Stadtviertel Reininghaus für Staunen. Die „Kleine Zeitung“ brachte am 2. Dezember 2020 in einem mit Fotos unterlegten Artikel Neuigkeiten, die offenbar nur ganz wenigen HistorikerInnen und KennerInnen bekannt war: Der größte zivil ausgelagerte Rüstungsbetrieb der Nazis in Österreich - eingerichtet in den Kellern der Brauerei Reininghaus. Der Fund belegt, dass Graz zu den ganz großen Rüstungszentren der „Ostmark“ zählte. Die Arbeitskräfte vieler tausender Fremd- und ZwangsarbeiterInnen wurde in unserer Stadt unter unwürdigsten Umständen ausgepresst – nicht selten endete das Martyrium mit dem Tod. Also ein weiterer Ort des Schreckens in Österreich neben den bekannten Orten wie Gusen, Ebensee, Krems, Puch-Graz, Serbenhalle in Wr. Neustadt oder Mödling-Hinterbrühl.

Es ist positiv, dass laut oben erwähnten Medienartikel, nach Beendigung der Grabungen im Jahr 2022 eine Ausstellung im Graz Museum darüber geplant ist. Von zumindest genauso großer Wichtigkeit ist es, dass zumindest ein Teil der Fabrikshallen dauernd oder zumindest zeitweise als „Raum der Erinnerung“ zugänglich gemacht werden – ähnlich wie im oberösterreichischen Gusen.

Die Erinnerungskultur in Graz an die „braunen dunklen Zeiten“ soll nicht für ein Zuschütten und Vergessen stehen. Die Kultur der Erinnerung an den nationalsozialistischen Terror und der faschistoiden Unmenschlichkeit soll warnend sichtbar und für die Bevölkerung zugänglich gemacht werden. Der neue Stadtteil Reininghaus böte für eine künftige Expositur des Graz Museums, eine hervorragende Möglichkeit.

Deswegen stelle ich Ihnen, sehr geehrter Herr Stadtrat, im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklub folgende

### **Frage**

**Sind Sie bereit, sich für einen wie im Motiventext beschriebenen „Raum der Erinnerung“ im neuen Stadtteil Reininghaus einzusetzen?**



**KPÖ-Gemeinderatsklub**

8011 Graz – Rathaus  
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150  
+ 43 (0) 316 – 872 2151  
+ 43 (0) 316 – 872 2152  
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: [kpoe.klub@stadt.graz.at](mailto:kpoe.klub@stadt.graz.at)

**Gemeinderätin Mag.a Uli Taberhofer**

Dienstag, 15. Dezember 2020

### **Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am Donnerstag, 17. Dezember 2020**

An Herrn Stadtrat Kurt Hohensinner, MBA

**Betrifft: Mehr Unterstützung durch digitale Endgeräte  
für SchülerInnen mit Bedarf im Pflichtschulbereich**

**Sehr geehrter Herr Stadtrat,**

die Coronapandemie ist eine Herausforderung in vielen gesellschaftlichen Bereichen und das trifft auch auf den Bildungsbereich zu. Die Erwartungshaltung war und ist groß, SchülerInnen in digitaler Form, vor allem während der Lockdownphasen, erreichen zu können. Auch wenn dies niemals ein Ersatz für den Präsenzunterricht sein kann, sondern nur als Ergänzung dazu zu sehen ist. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass die Ausstattung an den Pflichtschulen im entsprechenden Ausmaß gegeben ist. Vor allem auch jenen SchülerInnen, welche aus benachteiligten Bevölkerungsschichten kommen. Trotz einiger Spenden in Form von Laptops, zeigt sich jedoch, dass über diese Maßnahme noch lange nicht alle SchülerInnen damit ausgestattet sind. Und auch wenn es gilt, zu überdenken, wo und in welchen Bereichen digitale Lösungen nutzbar sind und wo die echten Begegnungen in Form eines analogen Unterrichts bewahrt werden müssen, besteht noch ein großer Bedarf an digitalen Endgeräten für viele SchülerInnen im Pflichtschulbereich.

Aus diesem Grund stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

### **Frage**

**Sind Sie bereit, eine Möglichkeit zu finden, SchülerInnen im Pflichtschulbereich mit Bedarf, insbesondere aus benachteiligten Bevölkerungsgruppen, durch mehr digitale Endgeräte zu unterstützen?**



**KPÖ-Gemeinderatsklub**  
8011 Graz – Rathaus  
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150  
+ 43 (0) 316 – 872 2151  
+ 43 (0) 316 – 872 2152  
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: [kpoe.klub@stadt.graz.at](mailto:kpoe.klub@stadt.graz.at)

**Gemeinderätin Dipl.-Museol. (FH) Christine Braunersreuther**

Donnerstag, 17. Dezember 2020

## **Anfrage** **an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl**

Betrifft: **Ketten zur Sperrung der Parks**

**Sehr geehrter Herr Bürgermeister,**

um darauf hinzuweisen, dass einige Wege in Grazer Parks im Winter nicht geräumt und gestreut werden, sind sie mit Ketten abgesperrt. Da die dafür vorgesehenen Pfosten nur hüfthoch sind, hängen die Ketten auf Schienbeinhöhe. Schon an halbdunklen Winternachmittagen sind diese Absperrungen visuell kaum wahrnehmbar und beinhalten somit mehr Gefahr als Nutzen. Eine eventuelle Versicherungssituation im Fall eines Drüberstolpern könnte uneindeutig sein.

Zudem gibt es im Winter in Graz nur noch selten Schnee. Zusätzlich spazieren derzeit noch mehr Menschen als sonst durch die Parks, da andere Sportmöglichkeiten streng reglementiert sind. Deswegen sollten ihnen unverschneite Parks nicht versperrt bleiben. Denn: Wer über die Ketten steigt, verstößt gegen die Auflagen und wer z. B. mit Kinderwagen oder Rollstuhl unterwegs ist, kann das Hindernis nicht passieren.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie folgende

## **Anfrage**

**Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass künftig in den Grazer Parks vor Beginn des Winters Hinweisschilder statt Absperrketten angebracht werden. Die Schilder sollen darauf hinweisen, dass Wege weder geräumt noch gestreut werden und das Betreten auf eigene Gefahr geschieht.**



**KPÖ-Gemeinderatsklub**

8011 Graz – Rathaus  
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150  
+ 43 (0) 316 – 872 2151  
+ 43 (0) 316 – 872 2152  
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: [kpoe.klub@stadt.graz.at](mailto:kpoe.klub@stadt.graz.at)

**Gemeinderätin Dipl.-Museol. (FH) Christine Braunersreuther**

Donnerstag, 17. Dezember 2020

## **Antrag**

**Betrifft: Kostenübernahme Sterilisation und Vasektomie**

Familienplanung ist kostspielig. Aus verschiedenen Studien ist bekannt, dass Verhütungsmittel je nach zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln verwendet werden und der sozioökonomische Status einen großen Einfluss auf die Wahl der Verhütungsmethode hat bzw. ob überhaupt verhütet wird. Dies ganz unabhängig von Kinderwunsch und Familienplanung. Für Mindestsicherungsbezieher\*innen sind solche Kosten jedoch fast nicht finanzierbar.

Da, wie ebenfalls aus Studien bekannt, für die Verhütung hauptsächlich Frauen verantwortlich gemacht werden, fordern feministische Initiativen, wie etwa das Frauenvolksbegehren, kostenlosen Zugang zu Verhütungsmitteln. Leider waren solche Initiativen bisher nicht erfolgreich. Daher müssen nach wie vor Frauen damit individuell umgehen. Wie Sozialarbeiter\*innen berichten, ist es jedoch für viele schwer, über das Problem zu sprechen, da es auch mit Scham behaftet ist. Zum Thema wird Verhütung oft erst dann, wenn großer Leidensdruck besteht.

Am größten ist dieser, wenn es eigentlich schon zu spät ist und die Frau (ungewollt) schwanger ist. Dann gibt es in Graz im Rahmen der „Hilfe in besonderen Lebenslagen“ die Möglichkeit, dass in finanziellen Härtefällen die Kosten für einen Schwangerschaftsabbruch gemäß §15 Steiermärkisches Sozialhilfegesetz übernommen werden. Allerdings kann es nicht im Sinne einer Familien- und Frauenpolitik sein, erst **dann** helfend einzugreifen. Selbstbestimmung und Familienplanung sollte eigentlich keine Frage der finanziellen Möglichkeiten sein.

Dem Wunsch zur Kostenübernahme für eine Sterilisation bei Frauen und Vasektomie bei Männern wird dagegen nur selten und nur nach individueller Vorsprache nachgekommen. Allerdings gäbe es durchaus Spielraum im Rahmen der „Hilfen in besonderen Lebenslagen“. So könnte man nach ärztlicher Verordnung und dem ohnehin verpflichtenden Beratungsgespräch dies durchaus als Hilfe in besonderen Lebenslagen ansehen, dass diese nachhaltige Verhütungsmethode bezahlt wird.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

## **Antrag**

**Das Sozialamt möge prüfen, eine Sterilisation und eine Vasektomie grundsätzlich in gleicher Weise wie ein Schwangerschaftsabbruch im Rahmen der „Hilfen in besonderen Lebenslagen“ zu berücksichtigen, wenn alle Voraussetzungen erfüllt wurden.**



**KPÖ-Gemeinderatsklub**

8011 Graz – Rathaus  
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150  
+ 43 (0) 316 – 872 2151  
+ 43 (0) 316 – 872 2152  
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: [kpoe.klub@stadt.graz.at](mailto:kpoe.klub@stadt.graz.at)

**Gemeinderat Manfred Eber**

Donnerstag, 17. Dezember 2020

## **Antrag**

**Betrifft: Parteienförderung kürzen!**

Große Teile der Bevölkerung haben durch die Auswirkungen der Corona-Krise mit großen Problemen zu kämpfen – auch in Graz. Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Einkommensverluste führen oftmals zu massiven Verschlechterungen der Lebensbedingungen. Auch wenn mit zahlreichen Hilfspakten auf unterschiedlichen Ebenen entgegengewirkt werden soll, haben viele Menschen Existenzsorgen.

Gerade in dieser Situation sollten politische Parteien mit positivem Beispiel vorangehen. Mit der Kürzung der Parteien- und Klubförderung um zehn Prozent könnte einerseits ein Signal dahingehend gesetzt werden, dass auch die Parteien sich einschränken wollen, andererseits könnte der dringend notwendige "Graz hilft"-Fonds um ebendiesen Teil, also knapp 250.000,- Euro, aufgestockt werden.

Daher stelle ich im Namen des Gemeinderatsklubs der KPÖ Graz folgenden

## **Antrag**

**Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen, die im Voranschlag für das Jahr 2021 unter der Finanzposition 000000/757000 *"lfd. Transferzahlungen an private Organisationen ohne Erwerbszweck"* künftig um zumindest zehn Prozent zu kürzen und die freiwerdenden Mittel dem "Graz hilft"-Fonds zuzuführen.**





**KPÖ-Gemeinderatsklub**

8011 Graz – Rathaus  
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150  
+ 43 (0) 316 – 872 2151  
+ 43 (0) 316 – 872 2152  
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: [kpoe.klub@stadt.graz.at](mailto:kpoe.klub@stadt.graz.at)

**Gemeinderätin Elke Heinrichs**

Graz, am 17. Dezember 2020

## **Antrag**

**Betrifft: Transparenz-Datenbank für Gemeinderatsbeschlüsse**

Größtmögliche Transparenz und Nachvollziehbarkeit hinsichtlich des aktuellen Status der vom Gemeinderat getätigten Beschlüsse sind im Sinne aller BürgerInnen unserer Stadt von großer Bedeutung.

Die aktuelle Online-Darstellung über den Gemeinderat, seiner Sitzungen, der in ihnen behandelten Stücke und deren Weiterbearbeitung sind auf der Webseite der Stadt Graz ungenügend und zu kompliziert dargestellt. Nicht nur für gelegentliche BenutzerInnen, selbst für Menschen mit dienstlichem Bezug ist das öffentliche Archiv in seiner aktuellen Form schwierig zu verwenden, schwer zu durchschauen und so in der Konsequenz intransparent.

Dieser Missstand fällt immer öfter negativ auf. Ein Beispiel: Als Abschluss des Wirtschafts- bzw. BürgerInnenbeteiligungs-Konvents wurde am Mittwoch, dem 2.12.2020, die Auswertung der entsprechenden Befragung unter Bürgern und Bürgerinnen in Graz im Rahmen einer Video-Konferenz präsentiert. Die Fragestellung zur Bürgerbeteiligung lautete: „*Welche Form der BürgerInnenbeteiligung soll es in Zukunft geben?*“. Präsentiert und besprochen wurden die ersten drei gereihten Verbesserungsvorschläge. Punkt 2 lautete in seiner originalen Formulierung: „*Auf der Webseite der Stadt Graz wird eine Plattform eingerichtet, in der alle öffentlich gefassten GR-Beschlüsse eingetragen werden. Bei jedem Beschluss werden folgende Punkte hinzugefügt: zuständiges Amt bzw. zuständige Personen, Thema (zur Clusterung), Umsetzungsstatus (ähnlich der „Vorhabensliste“). Der Status wird dabei mindestens einmal pro Quartal aktualisiert. Inklusive Suchfunktion und Zeitliste.*“

Um die gebotene Transparenz rund um die Weiterbearbeitung aller „Gemeinderats-Produkte“ nach den Sitzungen zu gewährleisten, wäre es sinnvoll, wie im oben zitierten Vorschlag die Benutzeroberfläche sowie die Datenbankstruktur der öffentlich einsehbaren Gemeinderatssitzungs-Plattform grundlegend zu überarbeiten.

Aktuell ist es zwar möglich Tagesordnungen, Abstimmungsergebnisse, Berichte an den Gemeinderat usw. online abzurufen. Ein Interface, das den aktuellen Status aller Stücke nachvollziehbar darstellt, fehlt hier allerdings völlig.

Auf der Plattform des Österreichischen Parlaments wird der aktuelle Status aller Gesetzesinitiativen, Petitionen etc. in einer intuitiven Übersicht dargestellt: Wann und wo wurde in welchem Gremium besprochen, beschlossen, delegiert, berichtet oder bearbeitet.

Es wäre daher anzudenken, ebendiese Lösung auf der Webseite der Stadt Graz anzubieten, welche folgende Funktionalitäten beinhaltet:

1. Eine zentrale, konfigurierbare Suchfunktion für das gesamte Archiv (sämtliche Initiativen, alle Beschlüsse, etc.).
2. Eine kompakte und verlinkte Zusammenfassung der Historie aller Stücke sowie den aktuellen Status der Initiativen.

Im Sinne einer transparenten Stadtverwaltung wäre es an der Zeit das elektronische Archiv des Gemeinderats entsprechend aufzuwerten und für die Bevölkerung intuitiver verwendbar zu machen.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

## **Antrag**

**Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden höflichst ersucht, eine Etablierung einer transparenten und zeitgemäßen Onlineplattform über den Grazer Gemeinderat, wie sie im Motiventext beschrieben ist, zu überprüfen.**



**KPÖ-Gemeinderatsklub**

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: [kpoe.klub@stadt.graz.at](mailto:kpoe.klub@stadt.graz.at)

**Gemeinderätin Mag.a Ulrike Taberhofer**

Donnerstag, 17. 12. 2020

## **Antrag**

**Betrifft: Anspruchsberechtigung einer SozialCard für Menschen, die ein Arbeitstraining absolvieren.**

Für viele Menschen hat die Krisensituation aufgrund der Corona Pandemie zahlreiche Veränderungen im beruflichen und privaten Alltag gebracht. Das gilt vor allem auch für Personen, die ein Arbeitstraining absolvieren, mit dem Ziel, Berufserfahrung zu sammeln und so ihre Chancen auf den Arbeitsmarkt zu erhöhen. Laut Auskunft vom AMS haben Betroffene, die ein solches Arbeitstraining absolvieren und keine BMS-Ausgleichszulage bekommen, keinen Anspruch auf eine SozialCard - unabhängig von ihrer Einkommenshöhe. Aus diesem Grund erhalten sie auch keine Mobilitätskarte um 50 Euro, was dazu führt, dass ihnen dadurch das Erreichen des Arbeitstrainingsplatzes ziemlich erschwert wird. Das bedeutet, dass TeilnehmerInnen von Arbeitsrehabilitationsmaßnahmen stark benachteiligt werden. Aber abgesehen von ihren persönlichen, schwierigen Verhältnissen und den damit auch verbundenen finanziellen Engpässen, besteht dadurch auch die Gefahr, dass ihre Motivation hinsichtlich einer Wiedererlangung der Arbeitsfähigkeit gesenkt wird. Dieser prekären Situation gilt es, so schnell als möglich entgegenzuwirken.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

## **Antrag**

**Die zuständigen Stellen des Magistrats werden ersucht, den geschilderten Sachverhalt zu prüfen, damit die Anspruchsberechtigung einer SozialCard für Menschen, die ein Arbeitstraining absolvieren, unmittelbar umgesetzt werden kann.**



**KPÖ-Gemeinderatsklub**  
8011 Graz – Rathaus  
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150  
+ 43 (0) 316 – 872 2151  
+ 43 (0) 316 – 872 2152  
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: [kpoe.klub@stadt.graz.at](mailto:kpoe.klub@stadt.graz.at)

**Gemeinderat Christian Sikora**

Donnerstag, 17. Dezember 2020

## **Antrag**

### **Betrifft: Erhaltung des Girardi-Hauses**

Alexander Girardi wurde am 5. Dezember 1850 in Graz als Sohn des Schlossermeisters Andreas Girardi und Marie Spindler in der Leonhardstraße geboren. Der weltberühmte Girardi machte sich in der Kunst als Operetten- und Schauspielstar nicht nur zur damaligen Zeit einen Namen. Auch heute noch wird dieser große Sohn der Stadt Graz in vielen Aufführungen weltweit gewürdigt und von seiner Fangemeinde verehrt. Neben dem Girardi-Geburtshaus in der Leonhardstraße würdigt auch die Girardigasse in Nähe der Grazer Oper den großen Künstler.

Seit längerer Zeit ist jedoch allen bekannt, dass das Girardi-Geburtshaus vor sich hin rottet. Neben der KPÖ haben auch die ASVK und Bürger\*inneninitiativen oft darauf hingewiesen. Nun wurde von Seiten der Bau- und Anlagenbehörde der Beseitigungsauftrag für das verfallende Haus erlassen.

Die Chance, ein Stück Grazer Baugeschichte zu erhalten, schwindet damit merklich. Bevor es wirklich zu spät ist, sollen Bürgermeister Nagl und Bürgermeisterstellvertreter Eustacchio mit allen betroffenen Personen, Einrichtungen und Ämtern das Gespräch suchen. Ziel soll die Sanierung und eine bestmögliche Nachnutzung des geschichtsträchtigen Hauses sein.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

## **Antrag**

**Bürgermeister Siegfried Nagl und Bürgermeisterstellvertreter Mario Eustacchio werden ersucht einen runden Tisch mit dem Besitzer des Girardi-Hauses, der ASVK, dem Denkmalschutz sowie der Stadtbaudirektion zu initiieren, um den bevorstehenden Abriss des Girardi-Hauses zu verhindern, eine Renovierung voran zu treiben und eine Nachnutzung sicherzustellen.**



**KPÖ-Gemeinderatsklub**

8011 Graz – Rathaus  
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150  
+ 43 (0) 316 – 872 2151  
+ 43 (0) 316 – 872 2152  
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: [kpoe.klub@stadt.graz.at](mailto:kpoe.klub@stadt.graz.at)

**Gemeinderat Manfred Eber**

Donnerstag, 17. Dezember 2020

**Antrag zur dringlichen Behandlung**  
(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

**Betrifft: Wohnen gemeinsam wieder leistbar machen!**

In Graz wird seit Jahren sehr viel neuer Wohnraum geschaffen, darunter sehr viele Eigentumswohnungen, aber auch viele Mietwohnungen. Der größte Teil davon ist aber für einen nicht geringen Teil der Bevölkerung zu teuer. Auch muss man bedenken, dass die Mieten bei gefördertem Neubau nach Ablauf der Förderung wieder teurer werden. Damit wird langfristig kein gesicherter leistbarer Wohnraum geschaffen.

Deshalb führt kein Weg daran vorbei, alle erdenklichen Maßnahmen zu setzen, um mehr Gemeindewohnungen zu schaffen. Die Grundstücksbevorratung für den kommunalen Wohnbau im letzten Flächenwidmungsplan sowie der Ankauf von Grundstücken hat dazu geführt, dass in dieser Gemeinderatsperiode neue Gemeindewohnungen errichtet werden konnten. Diese vorausschauende Politik beim Wohnen muss dringend fortgesetzt werden. Deshalb braucht es ein Bündel an Maßnahmen.

So ist es notwendig, entsprechende Flächen für den Gemeindewohnbau durch die Stadt Graz zu sichern, wie dies im letzten Flächenwidmungsplan teilweise ja bereits gut gelungen ist. Auch der Bundesgesetzgeber muss dringend ersucht werden, in mehrerlei Hinsicht tätig zu werden: Klare Mietzinsobergrenzen für alle Wohnungen, Abschaffung der Maklerprovision für MieterInnen und ein Ende der Steuerbegünstigungen für Anlegerwohnungen sind nur einige der Hebel, die dringend in Bewegung gesetzt werden müssen.

Auch eine Überarbeitung der Geschosswohnbauförderung des Landes Steiermark muss auf die politische To-Do-Liste kommen: Erstrebenswert wäre, dass die Gemeinden für einen Teil geförderter Wohnungen das Einweisungsrecht erhalten. Dass dies keine utopische Vorstellung ist, beweist Südtirol schon seit Jahrzehnten mit dem Baulandbeschaffungsmodell – auch 60-40-Prozent-Modell genannt. Vereinfacht gesprochen sieht es folgendes vor: Wenn die Gemeinde eine entsprechende Fläche zur Bebauung freigibt, gehen 60 % der Grundfläche in den Besitz der Gemeinde über – für nur die Hälfte des Marktwertes. Auf den restlichen 40 Prozent des ausgewiesenen Baulands kann der Grundeigentümer privat bauen oder den Grund zum Marktpreis verkaufen.

Ich bin überzeugt, dass es hier im Gemeinderat erstens den gemeinsamen Wunsch gibt, Wohnen für Grazerinnen und Grazer leistbar zu machen und zweitens, dass es in allen Parteien Überlegungen gibt, wie dies machbar ist.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

### **Antrag zur dringlichen Behandlung**

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

**Vizebürgermeister Eustacchio wird in seiner Eigenschaft als Wohnungsstadtrat ersucht, einen runden Tisch oder ein vergleichbares analoges Arbeitsgremium mit den Mitgliedern des Ausschusses für Wohnungsangelegenheiten einzuberufen. Ziel dieser Sitzung ist es, Maßnahmen im Sinne des Motivenberichts zu beraten und gemeinsame Schritte für einen Umsetzungsfahrplan zu erarbeiten.**



**KPÖ-Gemeinderatsklub**

8011 Graz – Rathaus  
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150  
+ 43 (0) 316 – 872 2151  
+ 43 (0) 316 – 872 2152  
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: [kpoe.klub@stadt.graz.at](mailto:kpoe.klub@stadt.graz.at)

**Gemeinderätin Elke Heinrichs**

Donnerstag, 17. Dezember 2020

**Antrag zur dringlichen Behandlung**  
(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

**Betrifft: Pfand als „Sicherheitsabgabe“ für Lithiumbatterien  
und Lithium-Ionen-Akkus einführen**

Bei der Entsorgung von Elektrogeräten, Batterien und Akkus fehlt leider immer noch das nötige Problembewusstsein. Dieser Umstand führt bedauerlicherweise regelmäßig zu Bränden in Müllwägen und Sortieranlagen. Dass es hier Handlungsbedarf gibt, wird niemand leugnen.

Die Elektroaltgeräte-Koordinierungsstelle rechnet vor, dass 15 kg Elektroaltgeräte sowie 0,3 kg Batterien pro Kopf und Jahr gesammelt werden, was auf den ersten Blick zufriedenstellend erscheinen mag. Die Montanuniversität Leoben spricht von jährlich 1,4 Millionen entsorgten Stück Lithium-Ionen-Akkus und Lithiumbatterien. Alarmierend: 55% davon werden aber falsch entsorgt! Mehr als jeder zweite (!) Akku wird also unsachgemäß entsorgt. Da im Frühjahr corona-bedingt viele Sammelstellen geschlossen halten mussten, wird das Erreichen der EU-Sammelquote immer schwieriger.

Bekannterweise finden sich besagte Batterien und Akkus in Smartphones, Tablets, Uhren und technischem Spielzeug, aber auch in zunehmend größerer Ausführung in Haushaltsgeräten, Werkzeugen und E-Bikes. Akkus mit solch hohen Kapazitäten werden durch achtloses Deponieren zu einer immer größeren Gefahr für Mensch und Natur. Bei der Entwicklung der Geräte wird leider deren falsche Entsorgung am Ende ihres Funktionszyklus oft nicht mitbedacht – auch das muss sich ändern!

Was weniger bekannt ist: Im Vorjahr ist es mehrfach zu Bränden in Müllsortieranlagen gekommen. Beim Schreddern von Restmüll kommt es bei Akkus und Batterien durch Hitze und Druck zu Kurzschlüssen, welche sogenannte Terminal Runways (Kettenreaktionen) auslösen. Die Folge ist ein explosionsartiges Abbrennen der Akkus. So kam es Ende September 2019 zu einem Vollbrand in einer Klagenfurter Abfallaufbereitungsanlage. 70 Mann von der Feuerwehr waren im Einsatz. Die mächtige schwarze Rauchsäule war Objekt eines schrecklich-eindrucksvollen Videos. Fast zur gleichen Zeit kämpften 150 Feuerwehrleute in Villach gegen einen Großbrand in einer Abfall-Umladestation.

Angesichts der beschriebenen Vorfälle beschloss der Gemeinderat in Klagenfurt (und zwei Wochen davor bereits der Villacher Gemeinderat) ein Pfandsystem. Dieser Pfand wird als „Sicherheitsabgabe“ eingehoben. Wenn sich das Produkt beim Einkauf um ebendiesen Pfandpreis verteuert und dies entsprechend kommuniziert wird, darf davon ausgegangen werden, dass damit auch das Problembewusstsein solchen Artikeln gegenüber geschärft wird.

Im Übrigen haben sich die Städte Klagenfurt und Villach sowie das Land Kärnten diesbezüglich mit einer Petition zur bundesweiten Anpassung der Batterieverordnung an die Österreichische Bundesregierung gewandt.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

### **Antrag zur dringlichen Behandlung**

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

**Der Bundesgesetzgeber wird auf dem Petitionsweg ersucht, die gesetzlichen Voraussetzungen für die Einführung eines verpflichtenden Pfandsystems für Lithiumbatterien und Lithium-Ionen-Akkus zu schaffen.**